

Beschluss:

- Abschaffung des DRG-Systems, um es in enger Abstimmung mit der Bundes-SPD und den Sozialpartnern durch ein System aus Vorhaltepauschalen abzulösen,
- Bezahlung aller Krankenhausangestellten entsprechend des geltenden Tarifs in ihren jeweiligen Branchen oder vergleichbar,
- Ausgleichsfinanzierung der Betriebskosten durch das Land Brandenburg bei Bedarf,
- Erhöhung der Investitionspauschalen, um den realen Investitionsbedarf zu decken.

Bezüge:

1. Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG)
2. Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG)
3. Gesetz zur Entwicklung der Krankenhäuser im Land Brandenburg (BbgKHEG)
4. Verordnung zur Festsetzung der Investitionspauschale nach dem Brandenburgischen Krankenhausentwicklungsgesetz (Krankenhausinvestitionspauschalverordnung - BbgKHEGIPV)
5. Landkreis Ostprignitz-Ruppin, Haushaltsplan des Jahres 2022
6. PRO Klinik Holding GmbH, Wirtschaftsplan des Jahres 2022
7. Land Brandenburg, Haushaltsplan 2022
8. Marburger Bund: Zukunft der Krankenversorgung aus ärztlicher Sicht. Positionspapier des Marburger Bundes, vom 17. September 2020

Überweisen an

ASG Brandenburg, Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion